

4069/AB XXI.GP**Eingelangt am: 29.08.2002****BUNDESMINISTERIUM für WIRTSCHAFT und ARBEIT**

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4181/J betreffend Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Österreich aufgrund des Fehlens von Regelungen durch das BMVIT (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie) über Schienenfahrzeuge, welche die Abgeordneten Dr. Lichtenberger, Freundinnen und Freunde am 10. Juli 2002 an mich richteten, stelle ich fest:

Die Beantwortung dieser Anfrage fällt nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Ich darf diesbezüglich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 4182/J durch den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie verweisen,